

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XV
<b>Teil Eins: Einleitung und Gang der Untersuchung</b> .....	1
1. Kapitel: Eine „kurze“ Geschichte der Veranstaltergebühr .....	2
A. Ein föderaler Flickenteppich als Wettbewerbsrisiko .....	5
I. Kostenersatz für die Heranziehung auswärtiger Polizeikräfte .....	5
II. Gebühren für Absperr- und Sicherungsmaßnahmen und für polizeiliche Überwachung .....	7
III. Weitere Regelungsmodelle .....	9
IV. Ein Blick über den Tellerrand: Polizeikosten in Europa .....	11
V. Gemeinsamer Fußballsolidarfonds als Lösung? .....	12
B. Veranstaltergebühren zwischen Tagespolitik und Rechtstheorie .....	13
I. Rechtspolitische Vertretbarkeit der Kostenübertragung .....	14
1. Angespannte Haushaltslage .....	14
2. Staatlicher Aufwand vs. Wirtschaftskraft des Profifußballs .....	16
II. Staatstheoretische Vertretbarkeit der Kostenübertragung .....	18
C. Öffentliche Sicherheit als Staatszweck und Staatsaufgabe .....	21
2. Kapitel: Gegenstand und Gang der Untersuchung .....	24
A. Die Konzeption des veranstaltungsbezogenen Polizeieinsatzes .....	24
I. Sachlicher Einsatzumfang .....	26
II. Räumlicher Einsatzumfang .....	27
III. Zeitlicher Einsatzumfang .....	29
B. Die Konzeption des § 4 Abs. 4 BremGebBeitrG .....	31
I. Gebühren und Auslagen für die Bereitstellung von Polizeikräften ...	31
II. Verfahren vor den Verwaltungsgerichten .....	33
C. Der Gang der Untersuchung im Einzelnen .....	35

<b>Teil Zwei: Die Veranstaltergebühr als zulässiges Finanzierungsmittel der Polizei</b> .....	37
3. Kapitel: Finanzverfassung, Lastengleichheit und der Preis für Sicherheit .....	39
A. Das System der Finanzverfassung im Grundgesetz .....	40
I. Steuerstaat als Grundprinzip .....	41
II. Zulässigkeit und Grenzen nichtsteuerlicher Abgaben .....	43
B. Begriff und Zulässigkeit von Gebühren .....	46
I. Öffentliche Leistung als Bezugsobjekt .....	47
II. Individuelle Zurechnung zu Bezugssubjekt .....	48
1. Verschiedene Gebührenbegriffe .....	49
a. Der formelle Gebührenbegriff .....	49
b. Der materielle Gebührenbegriff .....	50
c. Streitentscheid .....	51
2. Mögliche Zurechnungssachverhalte .....	52
a. Veranlassungssachverhalte .....	53
b. Vorteilssachverhalte .....	57
C. Die besondere sachliche Rechtfertigung von Gebühren .....	59
I. Der Belastungsgrund als Scharnier zwischen Zurechnung und Rechtfertigung der Gebühr .....	60
II. Erkennbarkeit der gesetzgeberischen Entscheidung .....	61
III. Keine Unverträglichkeit mit staatlichen Kernaufgaben .....	62
1. Öffentliche Sicherheit als Gemeinlast .....	63
2. Öffentliche Sicherheit als ausnahmsweise private Finanzlast .....	65
a. Kein grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Hinderungsgrund .....	66
b. Überwiegen des öffentlichen Interesses kein Hinderungsgrund .....	69
IV. Äquivalenzprinzip .....	73
V. Kostendeckungsprinzip .....	76
D. Gebührenrechtliche Kompetenz- und Verteilungsregeln .....	78
E. Zwischenergebnis .....	79
4. Kapitel: Die individuelle Finanzierungsverantwortung von (Fußball-)Großveranstaltern für Polizeieinsätze .....	81
A. Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte als öffentliche Leistung .....	81

B.	Die individuelle Zurechnung des Polizeieinsatzes .....	84
I.	Veranstalter als gebührenrechtliche Veranlasser? .....	84
1.	Zurechnung aufgrund von Polizeipflichtigkeit .....	85
a.	Die Gefahrverursachung im Polizei- und Ordnungsrecht .....	85
b.	Die Rechtsfigur des Zweckveranlassers .....	87
c.	Die polizeirechtliche Verantwortlichkeit des Veranstalters ....	90
aa.	Kein subjektives Interesse an Gewalthandlungen .....	90
bb.	Gewalthandlungen keine objektiv typische Folge der Veranstaltung .....	91
d.	Exkurs: Polizeirechtliche Kostenerstattung .....	95
aa.	Erstattungsfähige Maßnahmen .....	97
(1)	Ersatzvornahme .....	97
(2)	Unmittelbarer Zwang .....	98
bb.	Unvertretbarkeit des Polizeieinsatzes bei Großveranstaltungen .....	99
2.	Zurechnung aufgrund sonstigen Fehlverhaltens .....	100
a.	Vorhersehbarkeit des Polizeieinsatzes .....	101
b.	Zumutbare Vermeidbarkeit des Polizeieinsatzes .....	102
II.	Veranstalter als gebührenrechtliche Vorteilsnehmer? .....	103
1.	Zurechnung aufgrund des Ersparens eigener Aufwendungen ....	105
2.	Zurechnung aufgrund des Schutzes der Veranstaltungsprofitabilität .....	106
3.	Veranstaltungsbezogene Finalität der Bereitstellung von Polizeikräften .....	109
a.	Auf dem Veranstaltungsgelände .....	109
b.	Im öffentlichen Raum .....	110
C.	Zwischenergebnis .....	114
5. Kapitel:	Die sachliche Rechtfertigung von Veranstaltergebühren .....	115
A.	Vorteilsausgleich und Kostendeckung .....	116
B.	Kein grobes Missverhältnis: Die „Über Kreuz-Rechtfertigung“ .....	119
I.	Beurteilungszeitpunkt für die Erforderlichkeit des Einsatzumfangs .....	120
II.	Pauschalgebühr oder tatsächlicher Aufwand .....	123
III.	Gerichtlicher Prüfungsumfang von Prognose- und Ermessensentscheidungen .....	124
IV.	Nicht abrechnungsfähiger Aufwand .....	126

C.	Regelungskompetenz der Bundesländer .....	129
I.	Miteinander von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz .....	130
II.	Strafverfolgung als Einschränkung der Regelungsbefugnis .....	133
D.	Zwischenergebnis .....	134
<b>Teil Drei:</b>	<b>Einzelfragen der Ausgestaltung von Veranstaltergebühren .....</b>	<b>137</b>
6. Kapitel:	Verfassungs- und europarechtliche Implikationen .....	137
A.	Veranstaltergebühr als Parlamentsgesetz .....	137
B.	Veranstaltergebühr als unzulässiges Einzelfallgesetz .....	141
C.	Bestimmtheit der Veranstaltergebühr .....	143
I.	Veranstaltungsbezogene Tatbestandsmerkmale: privat, privatnützig oder gewinnorientiert? .....	145
II.	Gewaltbezogene Tatbestandsmerkmale: Einsatzumfang und Gewaltmerkmale .....	147
III.	Räumliche und zeitliche Tatbestandsmerkmale .....	151
IV.	Gebührenbemessung .....	154
1.	Begriff der (Mehr-)Kosten .....	155
2.	Voraussehbarkeit des Einsatzumfangs .....	158
D.	Betroffenheit von Grundrechten .....	161
I.	Die Freiheit des Berufs gem. Art. 12 Abs. 1 GG .....	162
1.	Veranstaltergebühr als Berufsausübungsregelung .....	162
2.	Rechtfertigung des Eingriffs .....	164
II.	Die Eigentumsgarantie gem. Art. 14 Abs. 1 GG .....	167
III.	Die Kommunikationsgrundrechte .....	168
IV.	Der allgemeine Gleichheitssatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG .....	170
1.	Differenzierung nach Ausmaß der Veranstaltung .....	170
2.	Differenzierung nach Art der Veranstaltung .....	171
3.	Differenzierung nach spontanen und erwarteten Gewalthandlungen .....	173
E.	Europarechtliche Einflüsse .....	173
I.	Kein Verstoß gegen europäisches Beihilfenrecht .....	173
1.	Materieller Bezugsrahmen .....	176
2.	Territorialer Bezugsrahmen .....	176
II.	Kein Verstoß gegen europarechtliche Grundfreiheiten .....	177
F.	Zwischenergebnis .....	179

7. Kapitel: Der Rechtsbegriff des (Sport-)Veranstalters .....	182
A. Die Organisationsstruktur des deutschen Profifußballs .....	183
B. Die Evolution des Veranstalterbegriffs .....	185
I. Zusammenwirken mehrerer Mitveranstalter .....	186
II. Formeller Veranstalterbegriff im öffentlichen Recht .....	187
C. Die gebührenrechtlichen Veranstalter von Fußballspielen .....	189
I. Der gebührenrechtliche Veranstalterbegriff .....	189
1. Definitionsansätze in der Literatur .....	189
2. Der Versuch einer dogmatischen Herleitung .....	190
II. Geteilte wirtschaftliche Verantwortung im Profifußball .....	193
1. Beiträge zum Zustandekommen des wirtschaftlichen Vorteils ...	193
2. Partizipation an wirtschaftlichem Vorteil .....	196
III. Mitveranstalter als Gesamtschuldner .....	198
D. Zwischenergebnis .....	200
<b>Zusammenfassung und Fazit .....</b>	<b>203</b>
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	204
B. Persönliches Fazit .....	215
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>219</b>